



Österreichischer Berufsverband der Sozialen Arbeit
Mariahilferstrasse 81/3/14
1060 Wien

Menschenrechte in Gefahr, Grundrechte eingeschränkt, Freiheitsrechte beschnitten, soziale Absicherung abgebaut

Die Sozialarbeiter*innen Österreichs verwehren sich gegen eine allgemeine Aushöhlung des Sozialstaates und gegen eine schrittweise Verschlechterung der menschenrechtlichen und sozialen Situation aller Menschen in Österreich.

Die Teilnehmer*innen der Bundestagung des Österreichischen Berufsverbandes der Sozialen Arbeit obds und der Vorstand des obds geben ihrer grossen Besorgnis Ausdruck.

Bei der Tagung „Soziale Arbeit.Macht.Mut! Menschenrechte leben!“ in Seggau, in der Steiermark wurde in der Kollegenschaft festgestellt, dass die angedachten und bereits beschlossenen Maßnahmen von Bundesregierung und von Landesregierungen die soziale Absicherung der Menschen in Österreich gefährdet und Grundrechte und Freiheitsrechte einschränkt.

Nicht nur durch das Arbeitszeitgesetz der Bundesregierung hat sich die Lebenssituation von hunderttausenden Menschen in Österreich massiv verschlechtert, geleistete Überstunden werden nicht mehr bezahlt und das Einkommen gekürzt, doch insbesondere die angekündigte Abschaffung der Notstandshilfe kann für mehr als 121 000 Betroffene zur existentiellen Bedrohung führen. Die Abschaffung der Notstandshilfe hat nicht nur unmittelbare Auswirkungen, sondern auch langfristige, da Pensionszeiten nicht mehr berücksichtigt werden. Wenn die Menschen nach kurzer Arbeitslosigkeit in die Mindestsicherung verdrängt werden, so werden Ersparnis und Besitz von Haus und Wohnung angegriffen, eine Absicherung im späteren Lebensalter unmöglich gemacht.

Diese Massnahmen verletzen Rechte und die Würde von Menschen massiv, gefährden vor allem Familien mit Kindern, Alleinerziehende und Kranke oder behinderte Menschen. Mehr als 120 000 Menschen werden in die Armut gestossen und haben kaum Chancen wieder aus dieser Situation in ein gedeihliches Auskommen zurück zu finden. Dazu besteht zudem keine wirtschaftliche Notwendigkeit oder Notlage!

Massive Verschlechterungen sind auch im Asylbereich mit dem neuen Fremdenpolizeigesetz fest zu stellen. Freiheitsrechte und Grundrechte werden eingeschränkt, das Asylrecht ausgehöhlt, die Versorgung von Flüchtlingen gekürzt, ihr Bewegungsradius begrenzt, ihre Übersiedlung in ungeeignete Massenquartiere angeordnet, die rechtliche Beratung eingeschränkt oder soll sogar den NGOs und privaten Beratungsstellen entzogen werden und künftig allein dem Innenministerium unterstellt sein. Das untergräbt auch die Gewaltenteilung, macht eine weisungsungebundene und unabhängige Beratung von Menschen, die sich in einer existentiellen Notlage befinden, unmöglich und gefährdet ihre Freiheitsrechte massiv.

Im Gesundheitsbereich werden gewachsene und bewährte Strukturen mutwillig und ebenfalls ohne wirtschaftliche Notwendigkeit zerschlagen oder durch Husch-Pfusch Reformen in ihrer Wirksamkeit und sozialpolitischen Schutzfunktion reduziert.

Die Rechtsanwaltskammer hat ebenfalls eine Studie veröffentlicht, die eine Gefahr für die Grund- und Freiheitsrechte in unserem Lande sieht („Die Fieberkurve des Rechtsstaates“), worin übereilte gesetzliche Veränderungen, fehlende Begutachtungen und mangelnde Rechtssicherheit kritisiert werden.

Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession und als Berufsgruppe, die Menschen in Notlagen und schwierigen Problemsituationen betreut, warnt vor einer Verrohung unserer Gesellschaft, vor einer massiven Zunahme von Überwachungs- und Bespitzelungsmassnahmen, während die Grundabsicherung von Menschen eingeschränkt oder diesen sogar verweigert wird. Dazu machen wachsende Diskriminierungen, Hetze und alltägliche Verletzungen der Menschenwürde und Menschenrechte zunehmend besorgt, dass die Entwicklung in Österreich von einer sozialen, freien und humanen Gesellschaft in erschreckend schnellen Schritten ihren Weg in Richtung auf eine totalitäre, inhumane Gesellschaft und Staat nimmt.

100 Jahre Republik und demnächst 100 Jahre Berufsverband der Sozialen Arbeit erinnert uns an die Ereignisse unserer Geschichte und an unsere Verpflichtung, vor diesen massiv sichtbaren heutigen Entwicklungen zu warnen.

Wieder werden Kinder aus den Schulen abgeholt, wieder werden Menschen isoliert, segregiert, statt integriert, wieder wird ungesetzliches Profiling angewandt, wiederum werden Beschränkungen der Bewegungsfreiheit von Menschen zugelassen. Wieder werden freie Medien unter Druck gesetzt. Wieder sollen Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen instrumentalisiert werden, um solche menschenfeindlichen, entwürdigende und die Menschenrechte verletzende Massnahmen durchzusetzen.

Wehret den Anfängen ist bereits vorbei! Wir leisten zivilen Widerstand.

Wir wollen eine andere Zukunft und arbeiten für eine gerechte, humane und solidarische Gesellschaft!

Die Teilnehmer*innen der Bundestagung 2018 des obds, der Vorstand des obds